

Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-003276/2025
an die Kommission
Artikel 144 der Geschäftsordnung
Mary Khan (ESN), Petra Steger (PfE)

Betrifft: Asylkollaps auf Kreta verdeutlicht Versagen beim EU-Außengrenzschutz und Überlastung nationaler Aufnahmekapazitäten

Seit Jahresbeginn sind laut offiziellen Angaben bereits mehr als 9 000 Migranten über die Libyen-Kreta-Route in der südlichen Ägäis eingetroffen. Die Insel Kreta rief den Notstand aus und Registrierzentren kollabierten unter dem Ansturm, sodass sich die griechische Regierung gezwungen sah, einen dreimonatigen Aufnahmestopp für Seeankünfte aus Nordafrika zu verhängen. Der verabschiedete Gesetzesentwurf sieht vor, dass Migranten aus Nordafrika auf Kreta zunächst festgenommen werden, ohne unmittelbaren Zugang zu einem Asylverfahren zu haben. Nach einer Frist von drei Monaten ist eine beschleunigte Abschiebung vorgesehen. Diese Maßnahme verdeutlicht eindrucksvoll, dass die Aufnahmekapazitäten der Mitgliedstaaten endgültig erschöpft sind. Besonders besorgniserregend ist, dass es sich überwiegend um Migranten aus Ägypten, Bangladesch, Pakistan und dem Sudan handelt – allesamt Staaten, deren Bewohner in Europa keinen Anspruch auf Asyl besitzen.

1. Welche Sofortmaßnahmen (etwa Verstärkung von Frontex-Luft- und Seepatrouillen sowie Sofortunterstützung bei Registrier- und Rückführungsprozessen) wird die Kommission ergreifen, um die EU-Außengrenze vor Kreta effektiv zu sichern?
2. Wie bewertet die Kommission den dreimonatigen Aufnahmestopp für Seeankünfte aus Nordafrika auf Kreta sowie die im Anschluss geplanten beschleunigten Abschiebungen?
3. Wird die Kommission angesichts der fortwährenden mangelnden Kooperationsbereitschaft zahlreicher Herkunftsstaaten endlich über bloße Visa-Beschränkungen hinaus wirksame und spürbare Sanktionsmechanismen in Betracht ziehen?

Eingang: 22.8.2025